

Gesetzlichen Grundlagen; Änderungen/Neuerungen



Erlasse auf Bundesebene:

- Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht vom 20. Juni 2014 (Bürgerrechtsgesetz, BüG)
→ Totalrevision: Inkrafttreten seit 1. Januar 2018
- Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht vom 17. Juni 2016 (Bürgerrechtsverordnung, BüV)
→ Inkrafttreten seit 1. Januar 2018
- Ehe für alle
→ Inkrafttreten seit **1. Juli 2022**

Erlasse auf Kantonsebene:

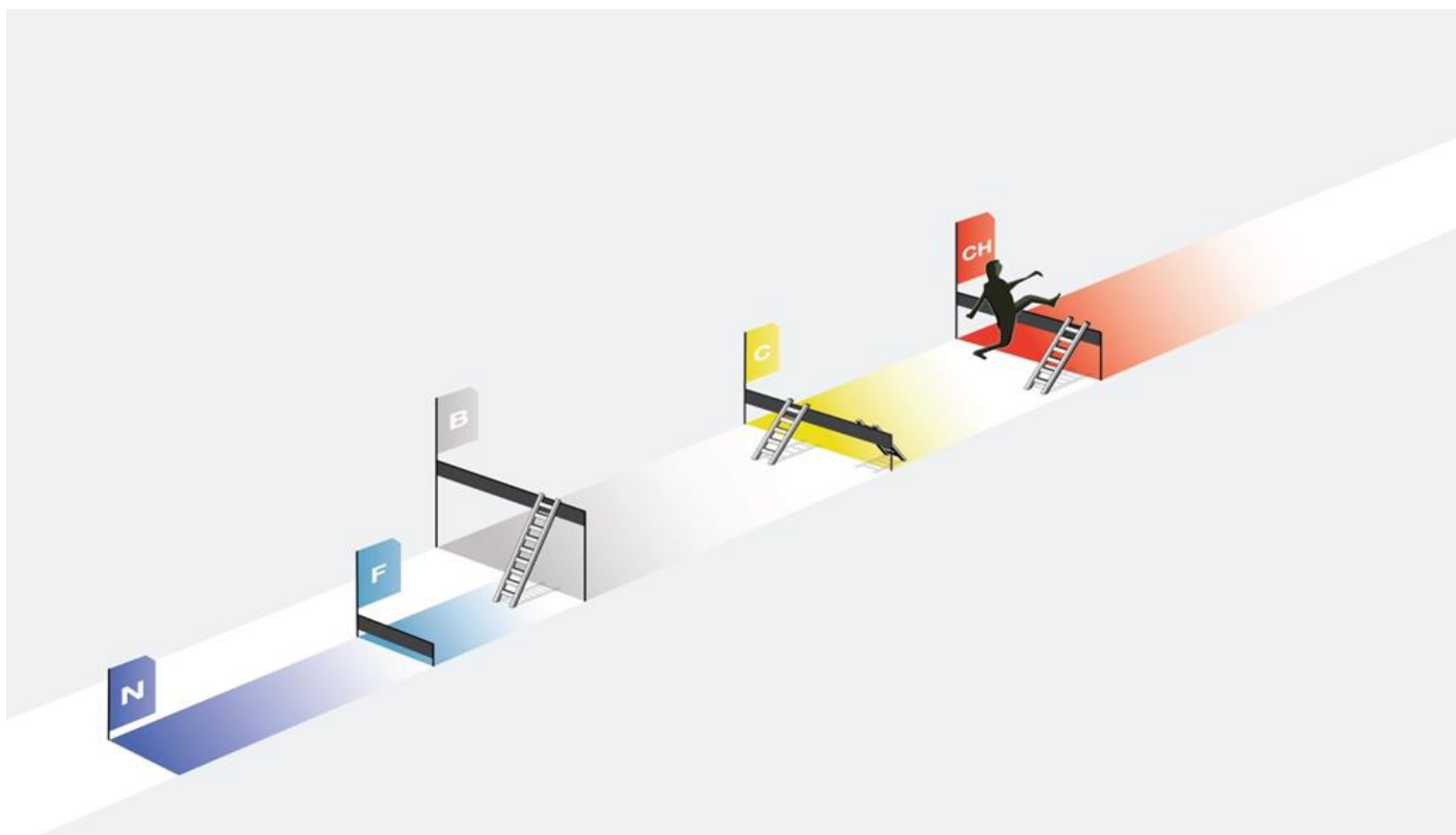
- Bürgerrechtsgesetz Basel-Landschaft vom 19. April 2018 (BüG BL)
 - Totalrevision: Inkrafttreten rückwirkend per 1. Januar 2018

Ziele der Totalrevision:

- Sicherstellung, dass nur gut integrierte Ausländer*innen das Schweizer Bürgerrecht erhalten
- Neue höhere Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der Integration und Sprachkenntnisse sowie des Vertrautseins mit den schweizerischen Lebensverhältnissen

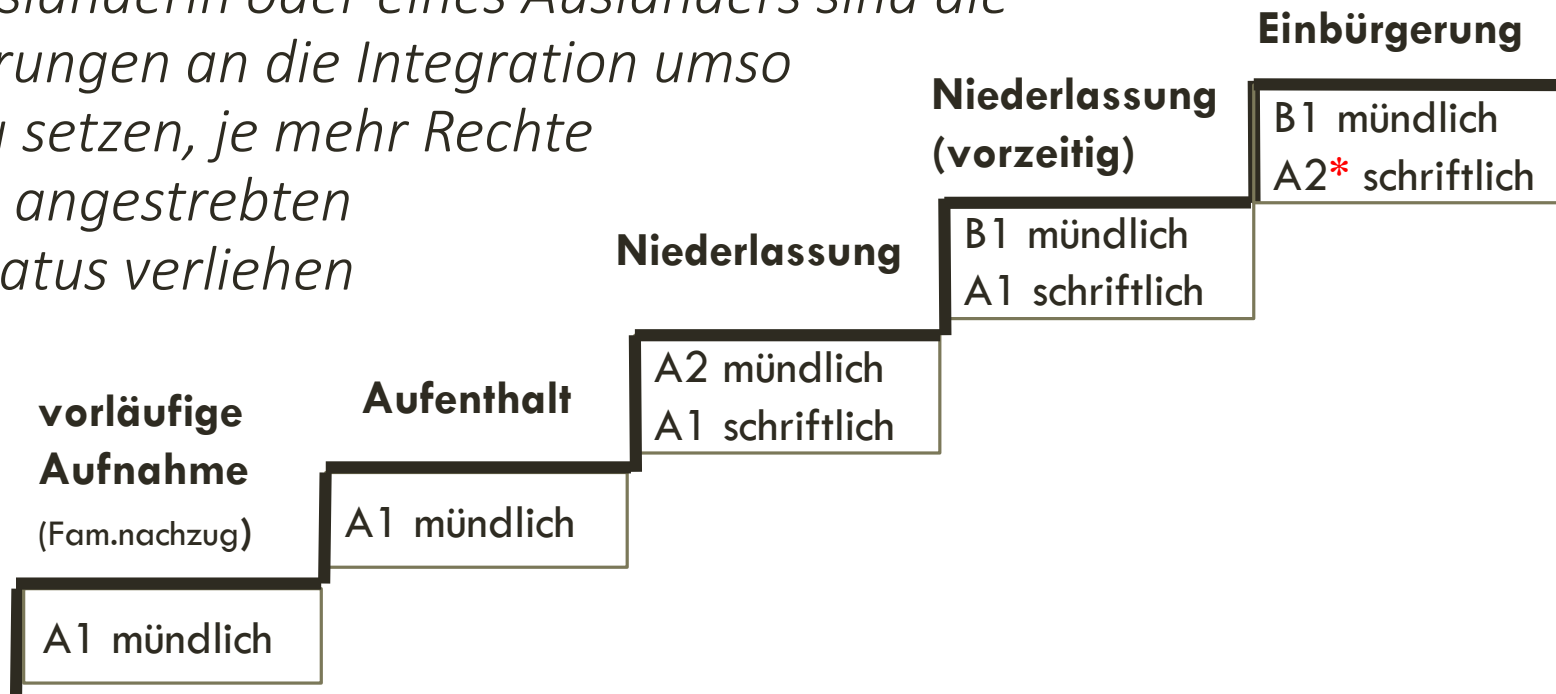
Neues Ausländer- und Integrationsgesetzes (seit 1.1.2019)

Das Einbürgerungsverfahren ist als letzter Schritt auf dem Weg zu einer gelungenen Integration zu qualifizieren.



Integrationskriterien / Sprachkompetenzen

Bei der Berücksichtigung der persönlichen Situation einer Ausländerin oder eines Ausländers sind die Anforderungen an die Integration umso höher zu setzen, je mehr Rechte mit dem angestrebten Rechtsstatus verliehen werden.



*Minimalvorgabe Bund. **In BL B1, §10 Abs. 1 BÜG**

Neuerungen formelle Voraussetzungen

Bund

- **Besitz der Niederlassungsbewilligung**,
d.h. C-Bewilligung
- **10 Jahre Aufenthalt in der Schweiz**
(bei gemeinsamer Einbürgerung für beide
Ehegatten notwendig),

wovon drei in den letzten fünf Jahren vor
Einreichung des Gesuchs.

Die Jahre zwischen dem 8. und 18. Altersjahr
zählen doppelt,

wobei jedoch der tatsächliche Aufenthalt
mindestens 6 Jahre Aufenthalt in der Schweiz
betragen muss

Kanton

- Erteilung des Gemeindebürgerrechts darf **nicht von einer kürzeren als 2-jährigen und von einer längeren als 5-jährigen** Niederlassungsdauer in der Gemeinde abhängig gemacht werden
- Minderjährige müssen bei alleiniger Gesuchseinreichung das **16. Lebensjahr** vollendet haben

Neuerungen formelle Voraussetzungen bei der erleichterten Einbürgerung

Aufgrund der «Ehe für alle» ist die erleichterte Einbürgerung seit dem 1. Juli 2022 auch für eingetragene Partner*innen möglich.

Voraussetzung: Die eingetragene Partnerschaft muss beim Zivilstandsamt in eine Ehe umgewandelt werden.

Weitere Voraussetzungen analog zur erleichterten Einbürgerung der Ehefrau eines Schweizers oder des Ehemannes einer Schweizerin nach Art. 21 Abs. 1 BÜG.

Neuerungen materielle Voraussetzungen

Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht

Art. 12 Integrationskriterien

Eine erfolgreiche Integration zeigt sich insbesondere:

- a. im Beachten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung;
- b. in der Respektierung der Werte der Bundesverfassung;
- c. in der Fähigkeit, sich im Alltag in Wort und Schrift in einer Landessprache zu verständigen;
- d. in der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung; und
- e. **in der Förderung und Unterstützung der Integration der Ehefrau oder des Ehemannes, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der minderjährigen Kinder, über welche die elterliche Sorge ausgeübt wird.**

Neuerungen materielle Voraussetzungen

Finanzieller Leumund (§ 13 BüG BL)

Die Bewerberin oder der Bewerber verfügt über keinen guten Leumund, wenn sie oder er öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Verpflichtungen nicht erfüllt. Die gilt insbesondere, wenn:

- a. 1 oder mehrere Verlustscheine im Verlustscheinregister verzeichnet sind;
- b. 1 oder mehrere Verlustscheine, die in den letzten 10 Jahren vor Gesuchseinreichung oder während des Einbürgerungsverfahrens ausgestellt worden sind, aus dem Verlustscheinregister gelöscht wurden;
- c. 1 oder mehrere gerechtfertigte Betreibungen im Betreibungsregister verzeichnet sind, die in den letzten 10 Jahren vor Gesuchseinreichung oder während des Einbürgerungsverfahrens eingeleitet worden sind.

Wurden die Betreibungen gemäss Buchstabe c bezahlt, zurückgezogen oder nicht fortgesetzt, entscheidet die Sicherheitsdirektion unter Berücksichtigung der Anzahl Betreibungen und der Höhe der in Betreibung gesetzten Forderungen nach Ermessen.

Die Privilegierung gemäss Buchstabe c gilt jedoch nicht bei Betreibungen für die Steuern sowie für Beiträge an die AHV, IV, EO, ALV und Pensionskassen, die innert den letzten 5 Jahren vor Einreichung des Gesuchs oder während des Einbürgerungsverfahrens eingeleitet wurden.

Neuerungen materielle Voraussetzungen

Finanzieller Leumund

- Urteil Bundesgericht vom 18. Dezember 2019; 1D_7/2019
- Entscheid Kantonsgericht Basel-Landschaft vom 9. Juni 2021; 810 20 260

Neuerungen materielle Voraussetzungen

Finanzieller Leumund

Der Kanton und die Gemeinde dürfen **nicht willkürlich, rechtsungleich oder diskriminierend entscheiden** und müssen ihr Ermessen insgesamt pflichtgemäss ausüben. Dabei sind insbesondere die Vorgaben des Rechts des Bundes und des Kantons zu wahren.

Die Einbürgerungsvoraussetzungen und insbesondere die Integrationsanforderungen müssen gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung insgesamt **verhältnismässig** bzw. «vernünftig» und diskriminierungsfrei sein und sie dürfen nicht überzogen erscheinen.

Neuerungen materielle Voraussetzungen

Finanzieller Leumund

Dabei dürfen die kantonalen und kommunalen Behörden zwar den einzelnen Kriterien eine gewisse eigene Gewichtung beimessen. Insgesamt muss die Beurteilung aber ausgewogen bleiben und darf nicht auf einem klaren Missverhältnis der Würdigung aller massgeblichen Gesichtspunkte beruhen. **Die Fokussierung auf ein einziges Kriterium ist unzulässig**, es sei denn, dieses falle, wie etwa eine erhebliche Straffälligkeit, bereits für sich allein entscheidend ins Gewicht. Erforderlich ist eine **Gesamtwürdigung aller massgeblichen Aspekte im Einzelfall**. Ein Manko bei einem Gesichtspunkt kann, so lange dieser nicht für sich allein den Ausschlag gibt, durch Stärken bei anderen Kriterien ausgeglichen werden.

Nutzen wir das Potentials – aber nach klaren Voraussetzungen

